

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,60 Mk., vierteljährlich 13,60 Mk. — Postbezugs außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 242

Freitag, den 15. Oktober 1920

11. Jahrgang

Gewalt gegen Kärntens freie Entscheidung.

Einmarsch südslawischen Militärs.

Obwohl nach dem amtlich festgestellten Ergebnis der Abstimmung 20 025 Stimmen (59,13 Proz.) für Deutsch-Oesterreich und 15 278 (40,87 Prozent) für Jugoslawien abgegeben wurden, sind nach einer Meldung des „D. Z.“ Sonderberichterstatters zwei serbische Bataillone in die Abstimmungszone A Kärntens eingerückt. Selbst von Seiten der Entente-Vertreter wurde nachdrücklich erklärt, daß ein schwerer Bruch des Friedensvertrages vorliegt, da in dieser Zone nur örtliche Gendarmen den Sicherheitsdienst versehen darf.

Mit dem südslawischen Militär sind auch Freiwillige, die sich im vorigen Jahr an den Kämpfen in Kärnten beteiligt haben, eingezogen. Die Truppen haben Feldküchen mitgebracht, woraus auf einen großen Nachschub geschlossen wird. Nach einer anderen Meldung sollen die Truppen nur zur Überwachung des Abtransportes des südslawischen Staatsgutes gekommen sein.

Von der Internationalen Abstimmungskommission ist verfügt, daß die südslawischen Behörden die Verwaltung der Zone A am 16. Oktober an Deutsch-Oesterreich zu übergeben haben. Italienische Truppen sind in größerer Stärke zwischen Tarvis und Villach zusammengezogen, um dem Ergebnisse der Volksabstimmung gegebenenfalls Nachdruck zu verleihen.

Infolge des Einmarsches der südslawischen Truppen ist die Stimmung der Bevölkerung sehr erregt. Bis zur Uebergabe an Deutsch-Oesterreich wird die Verwaltung der Zone A von der Abstimmungskommission durchgeführt werden.

Amerikas Abstimmungspraktik.

Paris, 14. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Washington erklärte man im Staatsdepartement, die Vereinigten Staaten würden sich wahrscheinlich an der Erörterung der Fragen auf der ersten Versammlung des Völkerbundes in Genf nicht beteiligen.

Für den Präsidentenwahlkampf könnte eine neue Parole auf den Weltfriedensgedanken zugeschnitten, doch gar nicht so überflüssig sein. Anscheinend finden aber die im Wahlkampf stehenden ausschlaggebenden Demokraten und Republikaner nicht den Mut, die von Wilson fallengelassene Weltfriedensparole des Selbstbestimmungsrechts und des Völkerbundes wieder aufzunehmen. An der Betätigungsmöglichkeit mangelt es in dem letzten Völkerbund (I) in dieser Hinsicht allerdings durchaus nicht.

Der Wilnaer Zwischenfall.

Die litauische Regierung hat auf die letzte Note des polnischen Ministers des Auswärtigen vom 9. Oktober gestern dröhnend ihre Zustimmung zu weiteren Verhandlungen über eine Weiterführung der Demarkationslinie östlich von Ostunai und Oszmijon nach Varena (Orang) gegeben, unter der Bedingung, daß die polnische Regierung ihr Verhältnis zu General Seligowski völlig aufklart und die polnischen Truppen sofort aus dem besetzten Wilnaer Gebiet zurückzieht.

Wenn es Polen mit der Ablehnung des Seligowski'schen Gewaltstreiches ernst ist, dürfte es Mittel und Wege finden, das Verlangen Litauens zu erfüllen.

Auch Lettland bei der Partie.

Der litauische Generalstabsbericht meldet, daß gestern lettlandische Truppen ohne Wissen der litauischen Heeresleitung den Bahnhof Gglaite (?) besetzt haben. Auf Anfrage erklärte die lettische Oberste Heeresleitung, ihr Vorgehen sei ein ausschließlich strategischer Schritt im Zusammenhang mit dem Vorgehen des polnischen Generals Seligowski.

Nach welcher Richtung das lettlandische Vorgehen beurteilt werden muß, ist nicht ganz klar. Sollte es nur eine Sicherung gegen einen polnischen Handstreich auch auf Lettland sein, so hätte die lettische Heeresleitung auch die Möglichkeit einer vorherigen Verständigung mit Litauen gehabt, wie es bisher im internationalen Verkehr üblich war. Ob daher die Vorgehensweise Lettlands nicht auch in anderer Hinsicht getten soll?

Was der Völkerbund tut.

Konow, 15. Okt. (Litauische Telegramm-Agentur.) Die Kontrollkommission des Völkerbundes hat mit Vertretern der litauischen Regierung in Konow eine Debatte geführt. Sie überläßt es den Litauern, den Streitfall mit Selbstgewalt oder friedlich zu lösen. Der Vorsitzende hat versprochen, die Hauptmächte zu ersuchen, politische und militärische zur Verfügung zu stellen, um die Verhandlungen zwischen den Truppen Seligowski und dem litauischen Heer zu erleichtern. Schiedsbedarf und Lebensmittel nachschub zu verhängen und für die Unversehrtheit der Demarkationslinie zu sorgen. Die Mitglieder der Kontrollkommission haben sich im Wilna durch unmittelbare Befragung einzelner Mannschaften der Truppen Seligowski überzeugt, daß diese aus Galizien, Polen und Bolen, nicht aber aus Mittel-Litauen stammen.

An friedensschaffender Aktivität hat es dem Völkerbund, obwohl dies seine Hauptaufgabe wäre, bisher immer noch gefehlt und so begnügt er sich auch hier mit einer mehr formalen Tätigkeit, wahrscheinlich um Polen nicht Wehe zu tun.

Auch die den Polen übermittelte gemeinsame Note der Entente und des Völkerbundes beweist die Selbstauschaltung des Völkerbundes in dem Wilnaer Konflikt. Denn diese Note trägt nur informativen Charakter und enthält weder Weisungen, noch gar strikte Forderungen. Sie beschränkt sich vielmehr auf die Frage, wie sich die polnische Regierung die baldige Liquidation des Wilnaer Vorfalls denke. Nach einer Pariser Privatmeldung (I) soll allerdings die Ueberreichung einer Note seitens des Völkerbundes an die polnische Regierung wegen der Zurückziehung der polnischen Truppen bevorstehen.

Nach der Rückkehr der ausländischen Missionen aus Wilna nach Konow haben diese erklärt, daß sie die sogenannte Regierung von Mittel-Litauen nicht anerkennen.

Der Streit um die Kohlensozialisierung.

Berlin, 14. Okt. (W. T. B.) In der Aussprache des Reichstages über die ihm obliegende Auserkung zur Sozialisierungsfrage erklärte Geheimrat Berggrün (Deutsche Bergbauvereinigung), eine Sozialisierung für in verschiedener Richtung gefährlich. Dr. Brendel (Verbrauchervertreter) hielt sie angesichts des allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes für unangebracht und v. Bredow (Verbraucher) für zweckwidrig. Es werde gar nicht zu vermeiden sein, daß ein Staatsbetrieb aus der Sache werde, und davor habe er die größte Furcht. Auch die Verteilung der Kohle durch Staatshand gebe Anlaß zu Bedenken. Weisinger (Handel) warnte entschieden vor solchen Experimenten.

Böcker (Arbeitnehmer) und Werner (Betriebsbeamter) aus der Sozialisierungskommission des Reichswirtschaftsrats traten für die Sozialisierung ein. Kieper (verbrauchende Industrie) erklärte, es könne sich nur um einen Umbau handeln und beantragte Einsetzung einer Kommission. Benhold (Preussische Bergverwaltung) hält das bestehende System für ausbildungsfähig. Wagner (Arbeitnehmer) steht auf dem Boden der Vollsozialisierung. Scharnte (Kleinhandel) befürchtet den Ruin des Kleinhandels.

Dieses Ragout von Meinungen bietet keine günstigen Aussichten für die schnellste Sozialisierung des Kohlenbergbaues, wie sie letzters auch noch vom deutschen Betriebsrätekonferenz gefordert wurde. Daß auch Verbrauchervertreter den Gemeinheitsgedanken der Sozialisierung noch nicht erkannt haben, zeigt wie notwendig die umfassende Verbreitung und Vertiefung der sozialistischen Probleme selbst in diesen Kreisen noch ist.

Am Schluß der Aussprache hat der Reichstagsrat die Bildung einer Kommission von 15 Mitgliedern beschlossen, die die Sozialisierungsfrage weiter bearbeiten soll. Die Kommission, der Vertreter der Bergwerkdirektionen, Verbraucher und Arbeitnehmer angehören, wird ihre Arbeiten am 24. Oktober aufnehmen.

Die selbständige Auslandspolitik Bayerns.

München, 14. Okt. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses wurde der Antrag der Sozialdemokratie, vom 1. Januar 1921 ab das Staatsministerium des Auswärtigen aufzuheben, mit allen gegen acht sozialdemokratische Stimmen abgelehnt.

Dieser Beschluß der bürgerlichen Parteien, die außer der Politik Bayerns, die Sache des Reiches ist, in gewisser Hinsicht auch in Zukunft selbständig weiter zu führen, bedeutet sicherlich keine Stärkung der Reichseinheit.

Die Mookauer „Zentralisation“ beginnt.

Hamburg, 14. Okt. Seitern konstituierte sich der gemäßigste Flügel der U. S. D. in Hamburg, der gegen die bedingungslose Unterwerfung unter den sozialistischen Diktator als unabhängige Sozialdemokratie. Er gibt ein neues und damit das erste sozialistische Blatt für Hamburg heraus, die „Hamburger Tribune“, die gestern zum ersten Male erschien.

Bekanntlich sollten die Mookauer Bedingungen die U. S. D. zu einer Kräfte- und Partei-Union zwingen, die gegen die sozialistische Diktatur zu kämpfen. Die Mookauer Bedingungen sind nun veröffentlicht worden.

Nach der Opfer des Sozialismus. Stockholm, 14. Okt. (W. T. B.) Der schwedische Sozialdemokrat ist vor Witterung auf eine Wunde gelassen und gestanden. Von der Besetzung können zwei Mann aus die Abgaben nach Witterung eingebracht.

Der Wahlkampf in Deutsch-Oesterreich.

Während wir vorgestern einen informierenden Artikel über die Präsidentenwahlbewegung in Amerika brachten, lassen wir heute ein ebenfalls wertvolles, unterrichtendes Stimmungsbild über die bevorstehenden Parlamentswahlen in Oesterreich folgen.

Redaktion der „Volksstimme“.

Am 17. Oktober werden die Wahlen zur Deutsch-Oesterreichischen Nationalversammlung stattfinden und der Wahlkampf hat schon mit größter Hektik eingesetzt. Gar wagemutig sind die bürgerlichen Parteien, vor allem die Christlich-Sozialen, in den Wahlkampf eingetreten. Hoffen sie doch, daß die reaktionäre Welle, die sich jetzt über Europa ergießt, sie bequem nach oben tragen würde. Sie hatten auch schon lange bevor die Wahlen ausgeschrieben waren, ihre Wahlarbeit begonnen. Eigentlich war ja alles, was sie seit den letzten Wahlen im Februar 1919, die die Sozialdemokratie, wenn auch nicht als Majorität, so doch als stärkste Partei in die Nationalversammlung gebracht hatte, nichts anderes gewesen als Wahlarbeit. Der Ausgang der Wahlen hatte auch hier die Sozialdemokraten gezwungen, eine Koalitionsregierung mit den Christlich-Sozialen zu bilden, in der beide Parteien nahezu in derselben Stärke vertreten waren. Das hinderte die Christlich-Sozialen nicht, die Regierung als eine sozialistische Judenregierung hinzustellen und ihr alle Verantwortung für die Zustände in Oesterreich, für das Elend und die Teuerung zuzuschreiben. Als dann im Oktober eine förmliche Koalitionsregierung zwischen den beiden Parteien abgeschlossen wurde, wurde ausdrücklich eine Bestimmung aufgenommen, daß beide Parteien sowohl für die allgemeine Politik der Regierung als auch für die einzelnen Regierungshandlungen die Verantwortung zu tragen hätten. Wieder haben sich die Christlich-Sozialen nicht davon abhalten, in ihrer Agitation von der roten Regierung zu sprechen, die an allem die Schuld trage. Auch als dann im Juli die Koalition zerfiel, und in dem neuen Proporz-Kabinet eine Christlich-Sozialer den Vorsitz übernahm, spielten sie das alte Spiel weiter.

Während sie die ganze Zeit über nach außen hin jede Verantwortung abgelehnt hatten, hatten sie aber in der Regierung und im Parlament alles getan, um die Absichten der Sozialdemokraten zu durchkreuzen. Sie hatten die Vermögensabgabe so verschleiert, daß sich die Großkapitalisten ihr entziehen konnten, und daß also der Hauptgewinn der Abgabe unsere Valuta zu bessern, verfehlt wurde. Sie hatten schon vorher durch ihr Verhalten zur Sozialisierung den Uebergang unseres einzigen Naturproduktes, des österreichischen Erzeugnisses, in ausländischen Besitz herbeigeführt. Jetzt hatten sie noch das Getreideabgabengesetz unumkehrbar gemacht, indem sie eine Bestimmung eintrugen, daß die Bauern nur ein kleines Kontingent abgeben dürfen, über den Rest aber frei verfügen können. Gerade diese letzte Tat, die die Folge hatte, daß die Bauern überhaupt nichts abliefern, sondern alles den Schleichhändlern verkaufen, wird aber den Christlich-Sozialen die Aussicht, die sie sich versprochen, wesentlich verflüchtigen. Denn dadurch ist es gekommen, daß die Oesterreicher schon weniger Wochen nach der Ernennung des Reiches und Kaiserreiches statt Brot und Weizen griechen essen mußten. Zugleich sind die Preise um 10 Kronen, wie es die Regierung für Weizen festgesetzt hatte, auf 50 Kronen im Schleichhandel gestiegen. Und zwar nicht nur in den Städten, auch in den Dörfern, da die Bauern alles den Schleichhändlern verkaufen und den Kleinhändlern, Arbeitern sowie den kleinen Angestellten die Waren auch nur zum Schleichhändlerpreis abgeben wollen. So sind nicht nur die Städte aufs äußerste empört, sondern auch die Dörfer, armut und diese Empörung hat sich sogar in dem fruchtbaren Oberösterreich in zahllosen Verwüstungen, Brandstiftungen und Demonstrationen Luft gemacht.

Das zweite Ding, hatten die Christlich-Sozialen in dem Wahlkampf vor allem ihre Hoffnung gesetzt auf die Abstimmung der Massen über das Elend, das sie durch die Schüsse auf die sozialdemokratische Regierung an diese Partei abgeben wollten und auf den Haß der bürgerlichen Klassen gegen die Arbeiter und ihre parlamentarische Vertretung. Beides sollte ihnen dienen, um nicht nur die Stellung der Sozialdemokratie in der Republik, sondern auch die Republik selbst zu untergraben. So sollten die Wahlen eine christlich-sozialistische Majorität bringen, die mit der Sozialdemokratie der Revolution gründlich aufräumen und Oesterreich den internationalen Diktator mit Bayern, Polen und vor allem mit Litauen zusammenstellen sollte. Aber nicht nur das, sie wollten auch die Wahlen als einen Schritt zum Aufbau einer neuen Oesterreich sehen, die die ungarische Republikpolitik mit sich bringen würde, auch wenn sie nicht mehr würde. So versuchten denn die Christlich-Sozialen unangenehm und schaden einige Reden auszusprechen, die den Diktator in Deutschland hinstellen wollten. Aber die Wahlen, die von der Sozialdemokratie gewonnen wurden, haben die von der Sozialdemokratie geforderte, als ein Schritt zum Aufbau einer neuen Oesterreich gesehen wurde. So stehen wir es der Arbeiterklasse nicht nur gelungen, durch Veröffentlichung des sozialistischen Programmes aufzuzeigen, daß der Wahlkampf in Deutsch-Oesterreich ein Kampf um die Zukunft des Reiches ist.

Transparenz gebunden wurde, den Einblick an Deutschland zu verhindern, sondern durch Originaldokumente nachzuweisen, daß die ungarische Regierung die christlich-sozialen Zeitungen mit 2 Millionen Kronen bestochen hat.

Beide Reichstagskammern haben vielzähliges Aufsehen erregt, und viele Mitglieder der Christlich-Sozialen, die aber deren nehmenden Ansichten nicht glauben, sind fortgegangen. Nun herrscht endlich völlige Klarheit über die Rolle der christlich-sozialen Partei, die durch die Verbindung mit Ungarn die Wiederkehr Kaiser Karls vorbereiten will und Österreich als ein Glied der europäischen Reaktion einfügen will und damit wirklich nicht nur den Einblick an Deutschland verhindern will, sondern zugleich an der Zerstörung der deutschen Einheit mitwirkt.

Für die Arbeiterschaft war es von allem Anfang an klar, daß der Sieg der Christlich-Sozialen ein Sieg der europäischen Reaktion, eine Wiederherstellung der Monarchie, eine Vertiefung des Anschlusses an Deutschland bedeuten würde und deshalb hat sie alle Kraft eingesetzt diesen Sieg zu verhindern. Nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft, die Kommunistische Partei, ist sich über die Bedeutung der Wahlen nicht klar. Die Kommunisten hatten solange die Beteiligung an der Wahl abgelehnt, die Sozialdemokraten angegriffen, daß sie den Klassenkampf durch die Beteiligung an der Wahl unterbrechen — bis der Befehl aus Moskau kam, sich an der Wahl zu beteiligen. Nun tun sie das — aber statt ihren Angriff gegen die bestehende Klasse zu richten, kämpfen sie ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.

Es wird das Proletariat, der Bedeutung dieser Wahlen im Kampfe gegen die Weltrevolution bewußt, einmütig für die Sozialdemokraten stimmen, denn daß die Kommunisten unehrenhafte Stimmengeld oder gar ein Mandat erhalten könnten, ist nahezu ausgeschlossen.

Der deutsche Parteitag in Kassel.

2. Verhandlungstag.

Am Dienstag wurde die Debatte über den Parteivorstandsbericht zu Ende geführt. Beschlüsse, die gefaßt wurden, zeigten weitgehende Übereinstimmung der Meinungen in der Partei. Einmütig wurde der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung unter den durch die Reichstagswahl geschaffenen Verhältnissen gutgeheißen, aber ebenso einmütig ist der Wille, mit verstärktem Einfluß in die Regierung zurückzukehren, wenn die Interessen des Proletariats es erfordern.

Es folgte die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ueberwiesen wurden ihm Anträge auf Ausbau des Mitteilungsblattes und der Parteikorrespondenz, auf finanzielle Unterstützung der Parteipresse, auf Überweisung der Anwesenheitsliste der Parteimitglieder an die Bezirksorganisationen, auf Sicherung der Erhaltung der Parteibibliothek, auf frühzeitige Herausgabe der agitatorischen Materialien, auf Anstellung mehrerer Sekretäre, auf Herausgabe des Friedensvertrages mit Kommentaren, auf Unterstützung des republikanischen Führerbundes, auf Förderung der Taubstummen-Organisation, auf Ausbau der „Gleichheit“, auf Entsendung von republikanisch gesinnten Männern als deutsche Vertreter im Ausland. Abgelehnt werden die Anträge auf Bindung der Parteimitglieder bei der Aufstellung der Kandidaten. Einstimmig angenommen wird der Protest gegen die Zerstörung der Parteimasse.

Angenommen wird die Resolution des Parteivorstandes und Parteiausschusses zur Regierungsbildung, die den Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung nach den Reichstagswahlen billigt. Weiter heißt es in ihr:

Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der bisher reinen Wirtschaftswirtschaft und eine pazifistische auswärtige Politik erfordern. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform steht, kann nicht in Frage kommen.

Angenommen wird ferner ein Antrag auf Förderung des Genossenschaftswesens. Abgelehnt ein Antrag, der die Einigung des Proletariats über die Äpfel der Zukunft (1) fordert. Die übrigen Einigungsanträge werden dem Parteivorstand überwiesen. Die Anträge auf Demokratisierung der Verwaltung und Verwaltung im Breiten werden dem Parteivorstand und der Preussischen Landesverwaltungsorganisation überwiesen. Angenommen wird ein Antrag von Parteivorstand und Parteiausschuss, durch den die Mindest-Mitgliederbeiträge für Männer und Frauen vermindert werden, wobei in rein finanziellen Bezirken der Beitrag ermäßigt werden kann.

Darauf erstattete Hilfenbrand-Sautgart den Bericht der Reichstagsfraktion. Die Hauptaufgabe war, den Krieg zu liquidieren und eine sozialistische Gemeinschaftswirtschaft die Wege zu ebnen. Bedauerlicherweise konnten wir durch keinen, leider aber nicht alle unsere Wünsche, denn wir haben ja im Parlament nicht die Mehrheit. Für die Opfer des Krieges sind wir nachdrücklich eingetreten. Wir haben heute die freieste Verfassung der Welt. Das Reichsrecht, bei dem die Unabhängigen vollständig versagt haben, muß von den Reichsrichtern als ein Mittel der wirtschaftlichen Interessensvertretung benutzt werden. Politische Arbeiterkräfte lehnen wir ab. Wohl aber werden wir durch die Reichsrichtern prüfen Sozialisierung betreiben. In der Herberstraße sind wir durch das Diktat der Entente zu einem Soldatenheer gekommen, das uns vielmehr kostet, als ein Volk. Es wäre besser gewesen, mit der alten Staatsverfassung auch der kapitalistischen Rechtsprechung ein Ende zu machen. (Beif. Zustimmung.) Viele Richter werden nach dem Recht der Vergangenheit. Die Beteiligung der Einzelstaaten in der Verfassung von Weimar herbeizuführen, ist den größten Schwierigkeiten begegnet. Es wird sich mit der Zeit von selbst durchgeben. Die alte Reaktion war nach dem Scheitern der Wahlen nicht mehr möglich. Unsere Stellung ist im neuen Reichstage viel weniger stark als in der Nationalversammlung. Sie zu führen, muß Sache der Arbeiter sein. Für uns gab es nichts als ein Ziel, die freie und energiegelbe Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes, Förderung sozialer Demokratie und gleichberechtigte Beteiligung der sozialistischen Wirtschaft. (Beif. Beifall.)

Die allgemeine Debatte über den Parteivorstandsbericht wird auf Donnerstag verlegt. Sozialisierungs-, Wirtschafts- und Ernährungsfragen werden getrennt behandelt.

Der Fraktionsbericht und die sich an ihn anschließende Aussprache machten es jedem denkenden Arbeiter noch klarer, wie schwer die Interessen des Proletariats durch die Überlieferung der ganzen Regierungsgewalt an die bürgerlichen Parteien gefährdet worden sind, wofür die Unabhängigen durch die Verweigerung des Regierungseintritts die Verantwortung tragen. Genosse Schöppin entwarf ein trübes Bild von den Zuständen in der Reichswehr, die sich seit Klostes Abgang entwickelt haben. Gehier ist ein Spielball in den Händen von Seerdt und unreaktionärer Offiziere. Bei der absoluten Sachkenntnis des parlamentarisch-demokratischen Ministers Gehier wird es Seerdt erleichtert, die Pläne, die Reichswehr zur Prätorianergarde der Gegenrevolution zu machen, auszuführen. Aber während im Reichswehrministerium ein Mann sitzt, der von seinem eigenen Ressort keine blasse Ahnung hat, sabotiert der Minister v. Raumer im Reichsfinanzministerium als aller Interessent der privaten Elektrizitätsindustrie planmäßig das Gesetz, das die Elektrizitätsindustrie unter den maßgebenden Einfluß der Allgemeinheit bringen soll.

In der weiteren Aussprache tritt Dr. v. Hamburg für Änderung der Reichsversicherungsordnung ein, besonders in der Rentenbuchung für Unfallverletzte. Auch das Verfallsrecht muß schnellstens geregelt werden.

Soll man in Köln bedauern, daß unsere Vertreter im Reichswirtschaftsrat sich für die Erhöhung des Brautentgeltes ausgesprochen haben.

Eduard Bernstein: Soll die Republik nicht in Anarchie verfallen und zu einem Opfer der Reaktion werden, dann sind wir in Deutschland noch auf lange Zeit hinaus auf die Mitwirkung anderer Parteien angewiesen. Selbst wenn wir die absolute Mehrheit hätten, würde ich empfehlen, bürgerliche Elemente heranzuziehen, denn ihre Mitarbeit ist vorerst unentbehrlich. (Zustimmung.) Dementsprechend müssen wir auch unsere Sprache den bürgerlichen Elementen gegenüber einrichten. Die Voraussetzung für jede Mitarbeit der Sozialdemokratie in einer Regierung muß eine pazifistische Politik sein. Auch ich will eine wirtschaftliche Annäherung an England, aber wir brauchen ihm nicht nachzulaufen. Wir wollen mit allen Nationen zusammenarbeiten und Rußland nicht einseitig herausgreifen. (Beifall.)

Joel Frankfort a. R.: Ueber die Steuergesetze fehlt es an Aufklärung. In Brüssel lehnten dieser Tage die internationalen Kapitalisten einmütig den Sozialismus ab. In Berlin aber erging sich der Betriebsrätekongress in nichts-würdigen Geschäftsordnungsdebatten und Arbeiter schlugen sich die Köpfe ein. Um den Steuerabzug haben die englischen Arbeiter lange Jahre gekämpft. Wir fordern schärfste Maßnahmen gegen alle Steuerhinterzieher.

Frau F. H. München begründet einen Antrag auf Weisheit des Schatzes.

Auer-München: Gegenüber den besonders im Freistaat Bayern von reaktionären Elementen im Bund mit finanziellen Gewinnen geförderten separatistischen Bestrebungen, bekennen wir bayerische Sozialdemokraten uns einmütig zur Deutschen Republik. Gegenüber dem bayerischen Aktionsprogramm der Bayerischen Volkspartei nehmen wir den schärfsten Kampf auf. Jeder Versuch, die Pläne dieses Programms zu verwirklichen, würde den völligen Niederbruch unserer Volkswirtschaft herbeiführen. Wir stehen im Kampfe gegen jede wirtschaftliche, politische und kulturelle Rückwärtsentwicklung des Reiches fest zur allen deutschen Sozialdemokratie, deren Programm in einer geschlossenen Einheit des Reiches die Voraussetzung seiner friedlichen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Weltentwicklung liegt. (Beif. wiederholter Beifall.)

Reil-Suttgart: Unser Austritt aus der Reichsregierung hat natürlich schwere Schattenseiten gehabt. Seit dem Austritt des Schatzministers v. Radmer sind alle Kräfte seines Ministeriums darauf eingestellt, die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie in ihr Gegenteil umzuwandeln, da er der Privatrelektrizitätsindustrie nahesteht und auf diesem Gebiet zu sehr Fachminister ist. (Heiterkeit.) Das gesamte Finanzproblem können wir aus eigener Kraft nicht lösen, dazu gehören internationale Vereinbarungen, die den Notenumschlag durch internationale Anleihen konsolidieren und unsere Geldkurs stabilisieren. Unsere Einfuhr muß auf äußerste beschränkt, die Ausfuhr gesteigert werden. Notwendig ist ferner eine schärfste Aufsicht über den Warenverkehr, denn es ist untragbar, daß eine kleine Oberschicht das Zwangs-, Dreifach- oder Fünffache für den eigenen Verbrauch beansprucht von dem, was der großen Masse zusteht. Die Grundründe der direkten Reichsteuern entsprechen unseren Anschauungen, aber die Durchführung läßt auf Schritt und Tritt zu wünschen übrig.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch vormittags 9 Uhr verlegt. Es sind noch eine Reihe weiterer Begrüßungstelegramme eingetroffen.

Zusammenkunft der preussischen Delegierten.

Am Dienstagabend um 7 Uhr gab der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, Eisinger, vor dem preussischen Delegiertenrat einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion. Verfassung und Wahlgesetz müßten so schnell wie möglich verabschiedet werden, damit die Wahlen Anfang nächsten Jahres stattfinden können. Vielleicht müßte deshalb das Wahlgesetz noch vor der dritten Lesung der Verfassung verabschiedet werden, weil sonst die vorgeschriebenen Fristen des Wahlgesetzes nicht mehr innegehalten werden könnten. Zur Aufstellung der Landtagskandidaten und Vorbereitung der Wahlarbeit bilden die preussischen Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und die Landtagsfraktion eine Junta. — Die Konferenz verzichtete auf eine Diskussion. Auf dem Parteitag soll wie das bayerische auch ein preussisches Defensivgesetz zur Reichsarbeit abgegeben werden.

U. S. P.-Häufel in Halle.

In der Dienstag-Nachmittagsitzung des Unabhängigen Parteitag wurde die Debatte über den Geschäftsbericht eröffnet und fortgesetzt. In der Diskussion wurden zunächst heftige Angriffe gegen das Zentralkomitee der Partei, insbesondere wegen seiner Haltung während des Kapp-Putsches erhoben. Es sprach auch der noch immer lebende Reichsanwalt, von dem Jule Jäg besaß, daß während des Kapp-Putsches aus dem Ruhrgebiet Derselben gekommen seien mit der Aufforderung, Richard Müller doch den Mund zu halten, man solle im Ruhrgebiet keine Räte errichten. Müller wandte sich auf des heftigste gegen das Zentralkomitee und behauptete, daß das Zentralkomitee durch seinen Rat mit Regimern während der Kapp-Tage die Arbeiter im Ruhrgebiet im Stich gelassen habe. Es seien in der Tat führende Parteigenossen am Werk, die

die Beschlüsse des Leipziger Parteitages sabotierten. Das gelte besonders für Dittmann, der offen aufgetrieben habe, Aufrufe der Zentrale nicht zu befolgen. Eine Partei, die solche Mitglieder in ihrer Mitte dulde, sei tatsächlich morisch und verdiente zusammenzubrechen.

Besonderes Aufsehen erregte es, als Crispian in einer großen Anklagerede die Machenschaften der Kommunisten in der Zentrale aufdeckte. „Wenn wir in nächstfolgenden Sitzungen miteinander gerungen haben“, so sagt Crispian, „dann lag es nicht an den Genossen, die in jahrzehntelangen Kämpfen Parteischulung erfahren haben und politische Situationen zu beurteilen verstehen, sondern es lag daran, daß wir unfertige Genossen in die Leitung bekommen haben, die noch nicht einmal das ABC der Politik begriffen haben.“ Zu dem anwesenden Vorsitzenden der K. P. D., Levi, gewandt, erklärte Crispian: „Genosse Levi, ich gratuliere Ihnen zu dem Gewinne, den Sie mit solchen Leuten machen.“ (Zurufe: Adolfs Hoffmanns: Defektionsmaterie!) Crispian verpöbelte dann weiter, daß während der Kapp-Tage die K. P. D. drei Parolen ausgegeben habe und sich nicht klar werden konnte, was sie eigentlich wollte. Dittmann erklärte: „Können wir beim Kapp-Putsch herzlich froh, sich an den Gewerkschaftsbund schließen zu können und sich ihnen an die Rockschöße zu hängen, nachher schimpfte er über die „Arbeiterverräter“. Für solche Leute habe ich nur Verachtung übrig. Dittmann fragt dann die linke Seite: Glauben Sie wirklich, daß Sie mit Ihren Redensarten noch legenden den denkenden Arbeiter hinter dem Ofen herauslocken können? Verlaßt Euch darauf, die große Mehrheit der gewerkschaftlichen Arbeiter und der wirklich revolutionären Proletariat ist auf unserer Seite. Ihr werdet unter die Räder kommen!“

Unter den weiteren Erörterungen sind besonders bemerkenswert die Angriffe Stoeders gegen die Zentralkommission, besonders gegen Crispian. Stoeder behauptet, daß die rechtsstehenden Mitglieder der Zentralkommission immer opportunistische Politik getrieben haben. Er ruft dafür wiederholt Dr. Kurt Rosenfeld als Zeugen auf. Rosenfeld wendet sich aber in der entschiedensten Weise gegen die Linksstehenden und versichert ihnen, daß er nur so lange auf ihrer Seite stehe, als die Vernunft auf ihrer Seite war. Beim Kapp-Putsch wollten die Linksstehenden im Zentralkomitee veranlassen, über den Generalstreik hinaus die bewaffnete Aktion durchzuführen. Daraufhin hätte man Däumig als Sachverständigen gefragt, ob sich die Bewaffnung des Proletariats ermöglichen lasse, und Däumig habe das verneint. Es sei aber richtig, daß die schwankende Haltung Däumigs und sein Mangel an Führerqualität auch von den Linksstehenden im Zentralkomitee anerkannt worden seien. Rosenfeld wirft denen eine unverantwortliche Entstellung in der Frage der Kontrolle der Waffentransporte vor. Die Linksstehenden hätten sich bemüht, die Unabhängigen von der Kontrolle fernzuhalten und wollten ihn veranlassen, aus der gemeinsamen Kommission auszutreten. Sie wollten sich von der Verantwortlichkeit drücken. Sie folgten nur kommunistischen Parolen. Wer aber bestreiten will, daß man ohne die Gewerkschaften große Aktionen durchführen kann, dem geht es nicht um die Sache des revolutionären Proletariats, sondern nur um radikalen Häßel. Deutschland sei genötigt, auf den Versailler Friedensvertrag Rücksicht zu nehmen, der immer noch bestehe, und dementsprechend auch die Entente-transporte durchzulassen. Diese Transporte würden von Arbeitern in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsvertretern und den Betriebsräten der Eisenbahn kontrolliert, und es sei eine unverantwortliche Entstellung schlimmster Art, zu behaupten, daß diese Kontrolle nur eine Täuschung sei. Rosenfeld erinnert daran, daß die neuen Kommunisten bereit seien, mit den Moskauern gemeinschaftliche Sache mit dem armenischen Massenlächer Enver bei zu machen und mit ihm den Bruderkuß zu tauschen. Jenen stehe es aber schlecht an, darüber zu jähren, daß die U. S. P.-Vertreter mit Regimern in einer gemeinsamen Aktion für die Arbeiter tätig seien.

Die Debatte verläuft sich dann in Kleinigkeiten. Der 24-jährige Solatrebakter des halleischen „Volksblattes“, Werner Schölem, erklärt unter großer Entrüstung, es sei eine Ehre für ihn, den Rechtsstehenden auf die Nerven zu fallen.

Es folgen eine Reihe von persönlichen Bemerkungen von Crispian, Hilferding, Stoeder usw. Das Schlußwort wird am Mittwoch früh erstattet werden. Bezeichnend für die Stimmung ist, daß jeder der Redner darauf anspielt, daß binnen kurzem die Partei nicht mehr zusammen sein wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Debatte über die Internationale tatsächlich auch äußerlich die — innerlich längst vorhandene — Trennung der beiden Richtungen von einander vollziehen wird.

Ein Unentwegter.

In einem Artikel, der laut Ankündigung als Flugschrift über ganz Deutschland verbreitet werden soll, lesen wir folgende Sätze:

„Ich bin der Meinung, daß der gesamte deutsche Sozialismus von Grund auf unehrlich ist, weil er sich scheut, das marxistische Programm zu Ende zu denken. Lenin und Trotski haben es zu Ende gedacht. Die Entwicklung wird unaufhaltsam zu einer reinlichen Scheidung der Geister führen.“

Welcher Kommunist, so fragt man wohl, hat dies geschrieben? — Dieser Kommunist ist — der deutschnationalen Abgeordnete Reinhard Wulle, der auf dem äußersten rechten (deutschvölkischen) Flügel seiner Partei steht. Man sieht hier wieder einmal, wie die Extreme sich berühren. Herr Wulle, der fanatische Abenteurer, macht Reklame für die Konsequenz und Prinzipienfestigkeit der Kommunisten und tobt genau wie diese über die angebliche Schläflichkeit und Unehrlichkeit der Sozialdemokraten, sogar auch der Unabhängigen, weil sie sich zu dieser Konsequenz nicht durchringen können. Den Grund führt ein Bildner mit dem Krüddel. Herr Wulle und Leineweber wäre es natürlich unendlich lieb, wenn die gesamte Arbeiterschaft auf die kommunistischen Irrlehren einträte. Denn dann hätten die Deutschnationalen des Kampffeld, das sie sich wünschen, dann wäre es ihnen in kurzer Zeit möglich, die deutsche Republik in ein Hortungslager zu verwandeln.

Die Arbeiter aber mögen daraus erkennen, wieviel unangenehm und beschwerlicher der Reaktion die Kluge und den Lasten angepaßte Taktik der Sozialdemokratie ist als das blinde Toben und Wüten der Kommunisten. Herr Wulle hat darüber, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter nicht die von ihm gewünschte kommunistische „Konsequenz“ anbringt, folte eine deutliche Mahnung sein, daß jedes Abweichen von der Sozialdemokratie zu den Kommunisten nur zum schmerzlichen Wohlfallen der Reaktion erfolgt.

Beilage der Danziger Volksstimme

Freitag, den 15. Oktober 1920

Danziger Nachrichten.

[illegible][illegible][illegible]

er Seminarlehrer, der durch seine Mitwirkung in der
Akademie und im Volkschor bekannt ist und 120 Mann
gibt unter Leitung von Alfred Gehauer am Sonn-
tag den 17. Oktober 1920, abends 5 Uhr, in der Aula des
Lehrerseminars zu Langfuhr, Königsstater Weg 19, einen
musikalisch-dramatischen Abend. Der Eintritt ist zur Be-
stimmung der Preise für die Herren Ehrenmitglieder
frei. Die gewöhnlichen Preise des Theaters
sind: 1. Reihe 2 Mark, 2. Reihe 1 Mark, 3. Reihe 50 Pf.
Die Eintrittskarten zu 2 Mark sind nur an der Kasse zu
haben.

[illegible]

Beleidigung der Sicherheitswache. Der Arbeiter Johann Romius und der Maler Friedrich Klipp in Danzig hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung von 5 Beamten der Sicherheitswache zu verantworten. Die beiden Angeklagten waren in einem öffentlichen Lokale, in dem sich auch ein Wirt befand, an dem die beiden Angeklagten sich aufhielten, von den Beamten der Sicherheitswache verhaftet worden. Die beiden Angeklagten hatten sich gegen die Verhaftung weigert und waren erst nach einer längeren Zeit in das Gefängnis gebracht worden. Die beiden Angeklagten wurden zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Angeklagten hatten sich gegen die Verurteilung nicht betheiligte.

Der die evangelische Kirchensteuer erhe-
bende Kirchenvorstand im Anzeigenteil unserer hiesigen
Zeitung. Es werden auch für das laufende Steuerjahr
1902 die Einkommensteuer als Kirchensteuer erhoben und
auch bei den geringeren Einkommen keine Ermäßigung ein-
getragen. Die Einkommensteuer wird bei der jährlichen
Einkommensteuererklärung, Frauengasse 8, beantragt und
höhere ist aus der Anzeige zu ersehen.

[illegible]

Die Angeklagten hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Die Angeklagten wurden dabei abgefragt, als sie abends 10 Uhr vom Weichseluferbahnhof Weissenhof nach Berlin in den Interalliierten Wägen gehörte. B. hatte seinen Koffer mit Getreidemehl bei sich und zwar in einembeutel um den Leib gehängt und noch außerdem einen Beutel unter dem Argen. C. hatte ebenfalls einen Beutel mit Mehl unter den Rücken um den Leib gebunden und einen zweiten Beutel im Busen auf dem Herzen verwahrt. Es waren insgesamt 20 Pfund Mehl aufgeführt, wurde von B. und C. mitgeführt gehalten. Die Angeklagten wurden von der Polizei in Berlin aufgegriffen. Da das Gericht hatte keinen Zweifel daran, daß die Angeklagten kochten und um gestohlenen Mehl handelte, was auch allein schon durch die Art der Fortschaffung bewiesen sei. Jeder der Angeklagten wurde wegen Diebstahls zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Besine, Versammlungen.
Der deutsche Musiker-Verband.
Die Ortsgruppe Danzig dieses Bundes hat am 12. März ihre Hauptversammlung ab. Nach dem vom Vorsitzenden **Stöckel** erstatteten Jahresbericht wurden mit dem Stadttheater, dem Neuen Operntheater, dem Ringbühnen-Verband und dem Schiller-Verband Paritätshandlungen geführt. Eine Einigung wurde zunächst nur mit dem Ringbühnen-Verband erreicht. Die Verhandlungen mit dem Stadttheater bezüglich des Orchesters des Stadttheaters werden am Ende zu einer Einigung führen. Die Musiker erhielten bisher monatlich 100 bis 150 Mark und verlangen 1000 Mark. — Weiter wurde die Frage eines Fährdenkmalen für Musiker behandelt. Der Musiker-Verband für

Aus der Erziehungsanstalt entwich der Arbeiter Wlth Lohde in Gungig und trieb sich dann umher. Dreimal ist er wegen Diebstahls in der That ergriffen und jetzt stand er wieder vor der Strafkammer, weil er seinen Vorgesetzten diebstahl in eine Bäckerei ausgeführt hatte. Das Gericht verurtheilte ihn zu 1½ Jahren Gefängnis. Der junge Mann wird nun sofort in Haft begeben. Er ist durch die Unterbrechung der Fürsorge-Erziehungsanstalt nur noch tiefer ins Unrecht vergraben.

Die. Der Bildungsausschuß des Sozialdemo-
kratischen Vereins trifft am Samstag, den 10., abends
6 Uhr, in der Wohnung des Deutschen Arbeit. Arbeiterstr. 12, a-
samm. Auch der Jugendauschuß wird zu Sonnenbeim-
samm. 6 Uhr, beim Sonnenbeim, in der 12. Sitzung eingeladen.

? Haben Sie schon

Auch ein Wächter der Ordnung. Der Prokureurhilfe, ehemaliger Beamter des Reichsgerichts, Gerzert Ratsherrin, ohne festen Wohnsitz, hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls von 100 Mark verurteilt. Im August fuhr er mit der Frau von Schöndorf nach Danzig. Im Wohnwagen war ein Mädchen, das da schlief.

Wohn- und Speisezimmer- machen lassen?

Stiefkinder des Glücks.
 (Fortsetzung.)
 „Wie ist wohl der Baron bei euch zu Besuch? spottete der Herr
 Goldenen Sonnen.“

Sie sah die Frau in die Schlafstube, kleidete sie zur Ausfahrt an und war ihr behilflich, in den Schlitten zu steigen. Der Wirth packte die Sägel und die ausgehauenen Kerbe, die sich im besten Zustande befanden, legte sie in einen Kasten, den er mit sich nahm, hielt der Schlitten vor dem Hause stehen.

Ernst sprach dann seinem Stie und warf die Sägel einem herbeieilenden Streich zu, dann eilte er in das Haus, ohne sich um seine Kleider zu kümmern, um Ernst hatte Schärmen mit dem seinen

Wir werden den Herrn Pastor später um seinen Besuch bitten lassen, sagte Herrmann. Im übrigen ist der Vater noch zu schwach.

Sie hat doch unsern alten Herrn geschanden geschlagen, und er
 will sterben, aber auch nicht. Sie sind die Frauen doch heuch.
 Du sagst du irrst dich! Ich bin nicht so gornig
 als sie in große Angst zu sein. Ich bin der frommste Mann,
 der geschmachtet hat!
 Die Mädchen sing an. Eine singt: Ich geh' hervor:
 Der Herr will sterben! Sie sollen singe kommen. Die Frau
 singt: Die Frauen.

Er fuhr zu ihm herein. Der alte Herr hatte sich nicht umschauen können, als er aus dem Schiffe stieg. Er hob Rastlose aus dem Schiffe, als er sah, daß er eine Feder getrieben war. Er war sehr glücklich auf die oberste Stufe der Treppe nieder, die ins Haus führte. Der Doktor war, als er den alten Herrn sah, sehr überrascht. Er hatte ihn nicht erwartet. Er lag der Treppe in der Hand. Er hatte eine treue Lebensgefährtin, die neben ihm war. Er konnte von Zeit zu Zeit den Schmerz mit einem Glas Wein der Stärke. Er hatte ein Glas mit Wein gefüllt und sagte:

[illegible]

er schob das Mädchen unsanft aus dem Wege, dann rief er: „Pauline, Pauline! Sei es der Teufel! Das Weib steht jeder auf den Ehren!“
Doch das laute Geschrei erschrockt, rannte Frau Birtner so eilig wie es ihr nur möglich war, um Hilfe zu beschaffen.
Die Vorbereitung rief ihr der Geist zum: „Nimm dich schnell, Frau, der Vater ist im Sterben.“
Sie mußten hin.

[illegible]

Überredend. Er nahm seine Mutter bei der Hand und führte sie in die Küche, brante ein helles Feuer, denn in dem Hause eines Goldhändlers wird mit dem Feuer nicht gespart. Hermann schob zwei Stühle an den Herd. Die gebroden und geschlagenen seine Mutter auf einen der Stühle nieder. Ueber ihre blaffen Lippen glitt unerschrocken die Bitte: „Herrgott im Himmel, es soll dich auf der Welt nicht mehr geben.“

„Ich muß doch noch
zu Heller steigen.“

Stade von Gunt, der gut zu dem Gunt. Das arme Weib muß
viel leiden. Versündige dich nicht an ihr. Erich, du bist das
durch deine große Gütigkeit hol mir den Jansen. So will ich
Regierung — Regierung
"Holler Gütigkeit" dachte Gunt: "Nun, mein Leben ist be-
er nicht."

Ilsewanz **regiert** **ni**
Die junge Frau sollte den Kleinen eifrig und tadellos
ihm an dem Sterbelager. Mit Inbrunst und der Götze

Pauline in ihre Hand und sagte:

„Es ist vielleicht nicht so schlimm, Mutter!“

Die Mutter schloß die Augen und schloß die Augenlider aus dem Nebengewölbe ein gelinder Segel, denn ein zweiter und dritter folgten. Die alte Frau sprang auf und wollte zu ihrem Namen eilen, aber Hermann torkelte ihr den Weg und sagte: „Schweigend: Nicht hoch, Mutter!“ Sie wurden den Doktor bei der Untersuchung führen, und der Vater würde erfragen, wenn Sie

Die Stellwerin rief das Fenster auf und rief dem Hundt zu, der
den
sie zu
erb
hauhe
ang
mit

[illegible][illegible]

Aus aller Welt.

Ein erschreckendes Bild zeigt die Verhältnisse in der entstellten Stadt, die ein Schillergericht in Berlin beschlagnahmt. Wegen Unterdrückung der Presse, die die Verhältnisse in der Stadt zeigt, wird ein Teil der Stadt als "Schillergericht" bezeichnet. Die Verhältnisse sind erschreckend, die Verhältnisse sind erschreckend, die Verhältnisse sind erschreckend.

London, 14. Okt. In einem Saale in Intern (Graffschaft) wurden, zwei andere werden vermehrt. Vermutlich waren die ...

Die "Neuen Zeiten" ... ist soeben das ...

Beleuchtungskörper für Gas und Elektrisch

Spezial-Abteilung 3. Stock

Einfache Küchenbeleuchtungen

Ampeln für Schlafzimmer

Wohn- und Speisezimmer-Zuglampen

Kipplampen

Nachtlampen

Deckenbeleuchtungen

Taschenlampen

Taschenlampenbatterien

Elektrische Heizapparate

Wächterlampen

Küchenleuchtungen

Wärmeplatten

Elektrisch zu allen Brennern passend.

Taschenleuchtungen

Uhrständer

Haartrockenapparate

Wärmeplatten

Plaketten

REXYMAR

Soziale Fragen vor dem Staatsrat.

Der Abschluß der Schwurgerichtsperiode.

Achtung! Vertrauensleute der S. P. D.

Zoppoter Stadttheater.

S. D. D. Parteinachrichten.

Wasserstandsnachrichten am 15. Oktober 1920.

Letzte Nachrichten.

Das Ende der Bolschewistenherrschaft?

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Meier,
für die Inserate Bruno Gwerz, beide in Danksagung
und Verlag: J. Gehl u. Co., Danzig.

Der Erfolg kann aber nur eintreten, wenn noch keine schweren organischen Veränderungen der in Frage kommenden Drüsen eingetreten sind. Im dem Fall ist es vielleicht möglich, durch Verpflanzung einer fähigen Drüse eine Besserung zu erzielen.

+RHEUMA+
Gicht, Ischias, Lähmungen, Neuralgie,
starke chronische und akute Leiden.
Modernste Spezial-Behandlung.
Radewitz'sches sanatorium Badersdorf. 204
Aerztlich geleitetes Heilbadanstalt.
Dresden, Schulgasse 12. Spezialisten verordnen 2-3